

KPÖ

**Programm zur
Gemeinderatswahl
in Innsbruck 2024**

**MANIFEST FÜR
SOZIALES &
LEISTBARES
WOHNEN
IN INNSBRUCK**

Ideen für eine soziale Stadt.

DIESMAL



KPÖ
PIA TOMEDI



KPÖ Innsbruck

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck

Telefon: +43 677 644 26 066

tirol@kpoe.at

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Die teuren Wohnkosten und die steigenden Ausgaben für das tägliche Leben sind eine große Herausforderung für viele Innsbruckerinnen und Innsbrucker. Das bekommen wir täglich in unseren Sprechstunden für Menschen in Notlagen mit.

Die etablierten Parteien versprechen vor jeder Wahl Verbesserungen – doch nach der Wahl vergessen sie diese Versprechen schnell. Als starke Stimme für Soziales und leistbares Wohnen treten wir dafür an, dass die für die Innsbruckerinnen und Innsbrucker wichtigen Themen nicht wieder unter den Tisch fallen.

Damit sich etwas ändert, braucht Innsbruck eine verlässliche, soziale Stimme im Gemeinderat, die den

regierenden Parteien auf die Finger schaut. Mit der KPÖ fallen wichtige Anliegen nicht mehr unter den Tisch. Der Einzug der KPÖ in den Gemeinderat ist die Garantie, dass leistbares Wohnen und Soziales auch nach der Wahl Schlüsselthemen bleiben und sich endlich etwas bewegt.

Bei der Landtagswahl konnten wir 2,7% erreichen. Auf die 4% braucht es nur wenige hundert Stimmen mehr. Es kommt dieses Mal auf jede Stimme für Soziales und leistbares Wohnen an. Die Dinge können sich verändern. Auch in Innsbruck.

Dazu brauchen wir Deine Unterstützung am 14. April!

Vielen Dank für Dein Interesse und Dein Vertrauen!



Pia Tomedi

**Deine Pia Tomedi
Gemeinderats- und Bürgermeisterkandidatin
KPÖ Innsbruck**

INHALT

1. Wohnen	5
2. Soziales & Zusammenleben	11
3. Verkehr	14
4. Kultur	16
5. Bildung	18
6. Frauen	22
7. Arbeit	24
8. Pflege & Gesundheit	26
9. Umwelt, Klima, Tierschutz & Energie	29
10. Jugend & Generationen	32
11. Inklusion & Barrierefreiheit	34
12. Wirtschaft & Tourismus	36
13. Sport & Bewegung	38
14. Demokratie & Antifaschismus	40

1. WOHNEN

Wer in der Stadt zur Miete wohnt, muss im Durchschnitt bereits das halbe Haushaltseinkommen nur für das Wohnen zahlen. Durchschnittlich sind in Innsbruck bereits rund 20€ Miete pro Quadratmeter fällig. Das sind für eine 70 Quadratmeter große Wohnung oft über 1.400€. Nirgendwo steigen die Preise schneller als in Innsbruck. Damit hat sich Innsbruck im Rennen um die teuersten Mieten ganz nach vorne katapultiert. Wer kann sich da noch ein würdiges Leben leisten? Das müssen sich immer mehr Menschen fragen. Andere schaffen diese Preissteigerung überhaupt nicht mehr.

In Innsbruck herrscht Wohnungsnotstand

Mehr als 5.000 Menschen sind in Innsbruck wohnungssuchend. Deshalb hat die Stadt 2022 auch offiziell den Wohnungsnotstand ausgerufen. Geschehen ist seitdem kaum etwas. Mehr noch, über 3.000 Menschen in Innsbruck warten inzwischen jahrelang auf eine leistbare Stadtwohnung. Gleichzeitig stehen ca. 7.000 Wohnungen in der Stadt leer. Während einige wenige also tausende Wohnungen zu Spekulationszwecken leer stehen lassen, finden tausende Innsbrucker:innen keine leistbare Wohnung.

Wohnen darf nicht arm machen

Uns geht es um eine Stadt, die gutes und leistbares Wohnen in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen ein Innsbruck, wo sich Familien im Winter nicht ums Heizen oder Lichteinschalten sorgen müssen, weil neben der Miete nichts mehr vom Einkommen übrigbleibt. Es braucht eine Politik, die auf der Seite der Bewohner:innen steht, statt die Interessen von Spekulanten zu bedienen und Geld für teure Prestigeprojekte zu verschwenden.



Die steigenden Wohnkosten sind das Schlüsselthema in Innsbruck. Die teuren Mieten bringen immer mehr Menschen an ihre Grenzen. Innsbruck ist die einzige Landeshauptstadt, in der heute weniger Menschen leben,

als noch vor fünf Jahren. Innsbruck schrumpft. Der Grund für viele: die viel zu hohen Wohnkosten. Die Folgen: Die Pendler-Lawine wächst, Betriebe finden keine Arbeitskräfte und die Menschen verlieren Kaufkraft, weil der Großteil ihres Einkommens fürs Wohnen draufgeht.

Die etablierten Parteien versprechen zwar vor jeder Wahl, die Innsbrucker Wohnungskrise anzugehen. Aber nach dem Wahltag fallen die Versprechen wieder unter den Tisch und die Stadtregierungsparteien rollen Investoren und Spekulanten den roten Teppich aus. Während immer mehr Menschen bei der Wohnungssuche verzweifeln, stehen tausende Wohnungen ungenutzt leer. Wohnen

wird zur Ware und zum Anlageobjekt gemacht. Die Rekord-Profitte für die Wenigen und die Wohnungsnot für die vielen sind zwei Seiten einer Medaille.

Unsere Vision: Schönes und leistbares Wohnen sollte für alle Innsbrucker:innen Wirklichkeit sein. Niemand soll mehr als ein Drittel des Einkommens für das Wohnen zahlen müssen. Der Schlüssel ist der gemeinnützige Wohnbau durch die Stadt, der nicht der Gewinnmaximierung dient, sondern der Grundversorgung der breiten Mehrheit der Bevölkerung. Der Zweckentfremdung von Wohnraum gehört durch ein Wohnraumschutzgesetz ein Riegel vorgeschoben. Denn Wohnungen sind zum Wohnen da.



Die KPÖ steht für...

1. **10.000 neue stadteigene Mietwohnungen** in den nächsten 10 Jahren.
2. **Mietpreisbremse** bei den stadteigenen Wohnungen der IIG – maximal 2% Erhöhung pro Jahr wie in Graz.
3. **Erleichterter Zugang zum städtischen Kautionsbeitrag** nach Grazer Vorbild (Zugang schon nach einem Jahr Hauptwohnsitz in Innsbruck oder wenn man mindestens fünf Jahre in Innsbruck gearbeitet hat, sowie die Aufhebung der Beschränkung auf maximal die Hälfte der Kaution).
4. Einführung einer **Flächenwidmungskategorie für geförderten Wohnbau** (min. $\frac{3}{4}$ der Fläche für geförderten Mietwohnbau mit max. 6€ Mietpreis je m², Verbot von gewerblicher Nutzung).
5. Schluss mit Geschenken an Investoren – **Umwidmungen nur mehr bei überwiegendem öffentlichen Interesse** und verpflichtendem Anteil an geförderten Wohnungen.
6. Anwendung des **Bodenbeschaffungsgesetzes** zur Eindämmung der Spekulation und der Sicherstellung von leistbarem Wohnraum.
7. Mehr **Fördermittel für Wohnungssanierungen**, um Energiekosten zu sparen.
8. **Überteuerte Mieten deckeln** – Einsatz der Stadt dafür, den gesetzlichen Mietendeckel des Mietrechtsgesetzes auszuweiten.
9. Einsatz der Stadt für die **Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Miete und Betriebskosten**.
10. Eine städtische **Mietzinszahlung bei Stadtwohnungen**, wenn die Wohnkostenbelastung ein Drittel des Einkommens überschreitet – wie in Graz.
11. **Gebührenstopp bei Strom, Gas und Fernwärme** bei den Innsbrucker Kommunalbetrieben und der TIGAS.
12. Umbau der **IKB zu einem gemeinnützigen Unternehmen**, das für eine Grundversorgung an Strom und Wärme für Innsbrucker Haushalte sorgt, anstatt jährlich Millionendividenden an die Stadt- und Landesregierung auszusütten.
13. **Abschaffung der zweiten Vergabeliste** für Stadtwohnungen und stattdessen Erhöhung der Einkommensobergrenzen im Sinne einer guten sozialen Durchmischung.
14. **Energiearmut bekämpfen** – keine Strom- und Heizungsabschaltungen durch die IKB, vor allem in den Wintermonaten.
15. **Vorkaufsrecht der Stadt beim Verkauf von Grundstücken und Mietshäusern**.

16. **Ankauf von Grundstücken durch die öffentliche Hand für den geförderten Wohnbau.**
17. **Leistbares Wohnen bei Flächenwidmung und Dichteerhöhungen sicherstellen** – Kriterien nachschärfen.
18. Sonderbudget zur Sanierung der stadteigenen Wohnungen.
19. Eine **wirksame Leerstandsabgabe**, z.B. in Höhe von einem Drittel der Durchschnittsmiete.
20. Ausbau und Finanzierung der Erhebung des Wohnungsleerstandes.
21. Pilotprojekte mit Anreizen, leerstehende Wohnungen für die Wohnbevölkerung zu mobilisieren.
22. **Wohnungswechsel und -tausch erleichtern**, mit einer Servicestelle und Anreizen um große, wenig genutzte Wohnungen zum Tausch anzubieten.
23. Barrierefreiheit nützt allen, von Eltern mit Kinderwagen über Erkrankten bis zu Älteren – keine Verschlechterung von Standards, Zubau von Liften wo immer möglich, Förderung für Lifтанlagen.
24. **Maßnahmen für Barrierefreiheit in Wohnungen auch für Ältere fördern** – damit selbstbestimmtes Wohnen daheim länger möglich ist.
25. Lebensqualität in bestehenden Wohnanlagen verbessern – **Balkon-Nachrüsten fördern**.
26. Zentralheizung statt Holz- oder Öfen im Wohnzimmer – Sonderprogramm um Umrüsten ohne unsoziale Mehrbelastung zu ermöglichen.
27. Wohnungslosigkeit überwinden innerhalb der nächsten Amtsperiode – **Housing-First-Projekte ausweiten**.
28. Schließung der Lücken in der Wohnnotversorgung, z.B. für Frauen, Jugendliche und psychisch Erkrankte.
29. Aufbau einer **24-Stunden-Notunterkunft für Wohnungslose**.
30. Wohnbedarfserhebung als Grundlage um Wohnungslosigkeit zu überwinden.
31. **Starter-Wohnungen für junge Menschen**.
32. Leistbare Wohnheime für Studierende, Lehrlinge und junge Arbeitende.
33. Einsamkeit vorbeugen – **Pilotprojekte um Mehr-Generationen-Wohnen zu fördern**.
34. AirBnB zurück zur Ursprungsidee – nicht-kommerziell und nicht auf Kosten von Wohnraum.
35. **Überbauung von Flachbauten wie Supermärkten mit Wohnungen**.
36. Ersatzpflicht der gedeckelten Mietwohnungen, wenn Gebäude mit gesetzlich gedeckelten Mietwohnungen abgerissen werden – zum Schutz der Wohnbevölkerung und des baukulturellen Erbes.
37. **Bodenspekulation stoppen!** Zwangsweise Umwidmung von

- nach drei Jahren noch nicht genutztem Bauland.
38. Einsatz beim Bund für die Abschaffung der Umsatzsteuer auf Miete und Betriebskosten.
 39. Pilotprojekt: Kostenlose Beratung für Inneneinrichtung für jene, die in der Stadt bleiben wollen, aber über wenig Platz verfügen.
 40. **Reparatur-Bonus** für Möbel und Förderung von Second Hand-Möbellagern.
 41. **Wohnbauförderung für die Trockenlegung und Nutzbarmachung von Kellern in Altbauten** – im Sinne des Klimaschutzes und um Lagerfläche und Abstellflächen für Mieter:innen zu finden.
 42. **Massiver Ausbau der Betriebskostenüberprüfung** durch die Arbeiterkammer – jährlich sollen 20% aller privaten BK-Abrechnungen auf zu viel bezahlte Betriebskosten kontrolliert werden.
 43. **Förderung für Fahrradabstellflächen** – auch für Lastenfahrräder und E-Bikes – auch bei bestehenden Wohnanlagen.
 44. **Gebührengerechtigkeit** einführen durch soziale Staffelung und Kostenwahrheit, z.B. höhere Gebühren bei Leerstand.
 45. Bewerbung der kostenlosen Energieberatung des Landes.
 46. Pilotprojekt zur Schimmelbekämpfung insbesondere bei Familien in Schimmelwohnungen.
 47. **Pilotprojekte für temporäres Wohnen** auf brachliegenden Flächen nach dem Wiener Vorbild „Home 21“.
 48. Lockerung der rigiden Auto-Stellplatz-Vorgaben für neue Wohnanlagen.
 49. Verankerung des Ziels, geförderten und leistbaren Wohnraum nicht als Almosen für die Ärmsten, sondern für die breite Mehrheit bereitzustellen.
 50. **Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in und rund um Wohnbauten:** Spiel- und Sportplätze, Jugendräume, Parkanlagen, Ärzte, Rad- und Kinderwagen-Abstellflächen, Sammel- und Anrainergaragen, Öffi-Anschluss, Gemeinschaftsräume und Werkstätten, Kultur- und Bildungseinrichtungen für alle Altersgruppen.
 51. Anforderung der bisherigen Hauptwohnsitzdauer in Innsbruck bei der Vergabe für Stadtwohnungen verkürzen.
 52. **Mehr Übergangswohnungen, betreute Wohnformen und Not-schlafstellen für Menschen in Krisensituationen** (Trennung, Krankheit, Arbeitsplatzverlust, Wohnungslosigkeit...).
 53. **Wohnformen für Senior:innen ausbauen**, um auch im höheren Alter ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
 54. Sonderbeauftragte:n „Obdachlosigkeit beenden“ installieren.

55. Ausbau der wissenschaftlichen und statistischen Grundlagen in Bezug auf das Wohnen in der Stadt – Wissen über den Wohnungsmarkt muss unabhängig von Maklerunternehmen und Wohnungskonzernen sein.
56. **Ausbau von Mieter:innenberatung** und Mieter:innenschutz durch die Stadt.
57. **Verbesserung des Service der Schlichtungsstelle.**
58. **Ausbau und Förderung von Mitarbeiterwohnungen**, speziell bei Schaffung von neuem Wohnraum am eigenen Betriebsstandort.
62. Wiederkehrende Zufriedenheitsbefragungen in IIG-Wohnungen – nicht nur kurz nach dem Einzug.
63. Systematische Analyse und Vergleich der Betriebskosten in IIG-Wohnanlagen mit dem Ziel, vermeidbare Kosten zu senken.
64. **Transparente und faire Wohnungsvergaben.**
65. Erarbeitung und Offenlegung einer langfristigen Strategie, welche Wohnanlagen saniert und welche neugebaut werden – Transparenz und Planungssicherheit für die Bewohner:innen.

Innsbrucker Immobilien Gesellschaft – IIG

59. Stärkung der Mieter:innen gegenüber der IIG durch Schaffung einer **unabhängigen Ombudsstelle in der IIG.**
60. Festlegung der **Bewohner:innen-Zufriedenheit als Unternehmensziel** – die Verantwortung hört nicht beim Ende der Baustelle auf.
61. Einführung eines **Qualitätsmanagement-Systems bei der IIG** um die Bewohner:innen-Zufriedenheit zu steigern.
66. **Ausarbeitung von Stadtentwicklungskonzepten** mit Mitsprache der Bürger:innen.
67. Minder genutzte Flächen wie Baulücken oder einstöckige Gebäude umwidmen und für leistbares Wohnen nutzen.
68. **Offene Parkplatzflächen überbauen.**
69. Eine übergeordnete Raumplanung für die Inntalfurche statt Kirchturmpolitik einzelner Bürgermeister:innen – Innsbruck muss hier vorangehen und aktiv die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden suchen.

Stadtplanung

2. **SOZIALES & ZUSAMMENLEBEN**

Die Reichen und Schönen fliegen mit ihren Privatjets zu den High-Society-Events über unsere Köpfe und kaufen sich in Innsbruck eigene Wohnungen, die den Rest des Jahres leer stehen. Gleichzeitig sind immer mehr Menschen in Innsbruck armutsgefährdet. Armut kann jeden treffen – etwa durch einen Schicksalsschlag wie Job- oder Wohnungsverlust, einen Unfall, eine Krankheit oder eine Trennung. Die KPÖ tritt für eine Gesellschaft ein, in der niemand Angst haben muss, auf der Strecke zu bleiben. Die Politik muss die Armut bekämpfen, nicht die Menschen, die in Notlagen geraten. Deshalb braucht es weniger Bürokratie und Schikane, sondern mehr Unterstützung, damit Menschen in Not wieder auf eigenen Beinen stehen und selbstbestimmt leben können.

Innsbruck kann eine Stadt sein, in der die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen selbstbewusst und gemeinschaftlich leben. Stellen Sie sich vor, es gäbe in jedem Stadtteil Einrichtungen für selbstorganisierte Veranstaltungen, Diskussionsmöglichkeiten

und Zweigstellen der Stadtbibliothek, wo in Ruhe geschmökert oder Zeitung gelesen werden kann. Oder in der ganzen Stadt Tische und Bänke, die zum Lernen oder Jausnen da sind. Was würde es bedeuten, wenn man ohne Blick in die Geldtasche die Frei- und Hallenbäder benutzen könnte oder entlang vom Inn Grillplätze für Treffen mit Freund:innen vorfinden würde? Wenn auch zwischen dicht bebauten Vierteln Grünflächen angelegt wären, die zum Spazieren einladen und Spielmöglichkeiten bieten? Wäre es nicht viel entspannter, nicht lange nach öffentlichen Toiletten suchen zu müssen, an zentralen Orten Sitzgelegenheiten vorzufinden oder einfach einmal die Vögel über den Dächern, statt den Autolärm in den Straßen zu hören?

Innsbruck kann eine Stadt für alle werden. Eine Stadt, die Menschen nicht von öffentlichen Plätzen verdrängt, die Arme unterstützt, statt sie zu drangsaliieren, die 100% barrierefrei für alle ihre Bewohner:innen ist. Innsbruck kann eine Stadt für die Menschen sein.

Die KPÖ steht für...

1. Kein Mensch in der Stadt wird zurückgelassen – **schnelle und unbürokratische Hilfe in Notlagen.**
2. Service der **Stadtteiltreffs ausbauen zu Bewohnerservicestellen** wie in Salzburg – mehr Personal, längere Öffnungszeiten und in allen Stadtteilen – mit Filialen der Stadtbibliothek dort, wo es noch keine gibt, Platz für Veranstaltungen und junge Leute.
3. Armut überwinden, Grundbedürfnisse abdecken – als Stadt Druck machen, die Verschlechterungen bei der Sozialunterstützung auszubessern.
4. **Einführung eines Aktivpasses**, der Kultur, Sport, Öffis und soziale Unterstützung in einer Karte bündelt, nach dem Vorbild in Linz und Graz.
5. Schluss mit dem Geschäft mit der Spielsucht – **Werbeverbot und besserer Spielerschutz.**
6. **Automatische Ausgabe des Familienpasses** mit Gültigkeit von 18 Jahren über das Magistrat an alle Familien.
7. Starterpaket für Studierende – Infos zu Sozialthemen.
8. Absicherung der Heizkostenzuschüsse durch die Stadt.
9. **IKB: Abschaltestopp für Strom und Heizen**, damit niemand in einer dunkeln, kalten Wohnung sitzen muss.

10. **Absicherung und Ausbau von Sozial- und Wohnungsloseneinrichtungen**, Schaffung von niederschweligen städtischen Übergangswohnungen ohne eine Verweildauer von Anbeginn vorzugeben.
11. **Pilotprojekt “Sozialer Waschsalon”** in Zusammenarbeit mit Organisationen wie Vinzidach, damit alle Menschen in Innsbruck Zugang zu grundlegender Hygiene haben (wie in Chania auf Kreta).

Zusammenleben

12. Einrichtung einer städtischen Kantine angeschlossen an eine Zentralküche, um einkommensschwachen Innsbrucker:innen **eine warme Mahlzeit kostengünstig zur Verfügung zu stellen.**
13. **Organisierte „Tauschbörsen“** für Baby- und Kleinkindausstattung – Abwicklung über die Bewohnerservicestellen, Tausch auch von anderen Gebrauchsgegenständen.
14. **Preise runter bei den Frei- und Hallenbädern.**
15. **Förderung von Straßen- und Stadtteilfesten** für eine bessere Nachbarschaft.
16. **Grillplätze** in Parks und entlang von Sill und Inn.
17. Alkoholverbote lösen keine Probleme, sondern verlagern sie. Es braucht mehr aufsuchende

Sozialarbeit, damit auch jene, die an den Rand gedrängt leben, einen Platz in der Stadt haben.

18. **Bänke und Tische in der ganzen Stadt** – als Treffpunkt und für Pausen gerade für ältere Innsbrucker:innen.
19. Gemeinschaftsnutzung von Gartenflächen fördern.
20. Sport auch ohne Vereinsmitgliedschaft – **mehr frei zugängliche Fußballfelder und Sportmöglichkeiten in Parks.**
21. Mehr Augenmerk auf **Siedlungsbetreuung und Nachbarschaftshilfe**, um Konflikte im Wohnumfeld zu reduzieren.
22. **Digitalisierung in der Verwaltung:** Das Hauptaugenmerk ist auf Verbesserung der Services und Angebote zu legen, Digitalisierung darf nicht zum Personalabbau genutzt werden.
23. Im Sinne der Barrierefreiheit muss bei allen digitalen Services der Stadt immer auch eine analoge, gleichwertige Möglichkeit sichergestellt werden. **Parteienverkehr und Erreichbarkeit darf nicht ausgelagert werden.**
24. Internetzugang darf kein Luxus sein, sondern muss Bestandteil der Grundversorgung werden wie Strom oder Wasser, die Kosten hierfür müssen in den Sozialhilfesätzen berücksichtigt werden und eine Mindestverbindung auch bei Zahlungsrückständen sichergestellt werden (Abschaltestopp).



3. VERKEHR

Stinkende Abgase, verdreckte Luft und donnernder Lärm: Jeden Tag rollen zehntausende Autos durch die Stadt. Innerstädtischer Verkehr und der Pendlerverkehr aus dem Umland sorgen täglich für Stau. Dass Lärm und Abgase krank machen, ist durch Studien belegt. Wer aus finanziellen Gründen entlang der Einfahrtsschneisen leben muss, stirbt bis zu zwei Jahre früher. Wer es sich leisten kann, zieht weg und pendelt in die Stadt – und verursacht damit wieder Lärm und Abgase.

Verkehrspolitik ist daher untrennbar mit Wohnungspolitik verbunden: Gibt es leistbaren Wohnraum in der Stadt, müssen die Menschen nicht mehr ins günstigere Umland abwandern. Gleichzeitig braucht es aber auch ein modernes Verkehrskonzept, das die Menschen vom Umstieg auf den öffentlichen Verkehr überzeugt, denn:

Wer den motorisierten Individualverkehr ausbaut, wird Stau ernten. Das schadet dem Leben in der Stadt und dem Klima der ganzen Welt.

Soziale Adern anstelle verstopfter Straßen

Öffis sind die Antwort für die Verkehrsberuhigung in der Stadt. Damit Umsteigen eine Option wird, müssen die Verbindungen attraktiv und die Tickets leistbar sein. Als KPÖ streben wir langfristig einen kostenlosen öffentlichen Verkehr an – wie in Luxemburg, Montpellier oder Estland. Als ersten Schritt braucht es Tagestickets um einen Euro, das Monatsticket um zehn Euro und die Jahreskarte um hundert Euro. Auch muss das Öffi-Angebot besser werden.

Die KPÖ steht für...

1. **Öffi-Preise runter:** 1 Euro am Tag, 10 Euro im Monat, 100 Euro für das ganze Jahr.
2. **Gratis Öffis in fünf Jahren** – und als Sofortmaßnahme für alle in Ausbildung.
3. **Kostenlose Altstadt-Tram** zwischen Sillpark und Klinik nach Grazer Vorbild finanziert aus der Tourismusabgabe.
4. Erhöhung der durchschnittlichen Geschwindigkeit der Trams und Busse durch **Vorreihung im Verkehr**.

5. **Kostengünstiges und flächen-deckendes CarSharing-Angebot** der IVB in Verbindung mit Jahreskarten.
6. Einmal im Monat Nutzung von Patscherkofel und Nordkettenbahn in Klimaticket und IVB-Monats- und Jahresticket inkludieren – damit mehr Innsbrucker:innen die Hausberge genießen können.
7. **Vorrang für Öffis, z.B. mit grüner Welle bei Ampeln.**
8. Eine **bessere Tram-Taktung**, auch (spät-)abends und am Wochenende.
9. **Tramnetz ausbauen und verbessern.**
10. **Haltestellen einladender gestalten**, mit Sitzgelegenheiten, Überdachung und Echtzeitanzeige.
11. **Barrierefreie Öffis** inkl. Taxis, Haltestellen, Straßen und Plätze.
12. **Einhebung einer Nahverkehrsabgabe** für Unternehmen zum Ausbau der Öffis.
13. Eine gerechte Verteilung der Straßenverkehrsflächen.
14. Schaffung von mehr Aufenthaltsqualität am und im Straßenraum durch **verkehrsberuhigende Maßnahmen.**
15. **Tempo 30 auf allen Nebenstraßen** zum Schutz der Bewohner:innen.
16. Mehr Sitzbänke und ausreichend öffentliche WCs, um allen Bürger:innen das Zu-Fuß-Gehen zu erleichtern.
17. **Ausbau von Radwegen und bauliche/räumliche Trennung** vom Autoverkehr – bessere Kennzeichnung und Markierung, um Nutzungskonflikte zu vermeiden.
18. **Kostenlose Fahrradkurse für alle Kinder** auch vor dem 10. Lebensjahr – jedes Kind soll sicher Fahrrad fahren können.
19. **Verdoppelung des Radwegebudgets** der Stadt verknüpft mit einer Personalaufstockung.
20. Unterstützung alternativer Auto-Nutzungsformen, wie Sammeltaxi, Carsharing und Car-Pooling.
21. Fußgängerzonen, Wohnstraßen und Begegnungszonen ausbauen
22. **Sichere Schulwege** mit Verkehrsberuhigung, Schülerlotsen, Schulwegpläne und Elternhaltestellen.
23. Schluss mit der Privatjet-Orgie der Reichen am Flughafen.
24. Attraktivierung der Tram nach Igls
25. **Sichere Radwege**, damit auch Ältere und Familien mit Kindern gerne und sicher unterwegs sein können.
26. Sichere Schulwege und Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche hat Vorrang – das Ziel ist, dass kein Kind mehr im Straßenverkehr sein Leben verliert.
27. Das Problem an der Wurzel packen – **Zersiedelung stoppen und Verkehr vermeiden.**

4. KULTUR

Teilhabe am Kunstprozess

Der Zugang zu Kultur hängt für die Mehrheit der Innsbrucker:innen an den kleineren Initiativen. Daher müssen diese Initiativen stärker gefördert und ihnen entsprechende Räume zur Verfügung gestellt werden. Ein faires

Gehalt muss auch im Kunstbereich eine Selbstverständlichkeit werden. Gerade jungen Künstler:innen soll durch die Schaffung offener Werkstätten der Raum für künstlerische Tätigkeit gegeben werden.

Die KPÖ tritt ein für...

1. Kostenlosen Zugang zu Internet und Medieninhalten – **Ausbau der städtischen Bibliotheken, Internetzugang, Zeitungen.**
2. **Ausbau von öffentlichen Bibliotheken in allen Stadtteilen** – mit Online-Medien, Begegnungs- und Veranstaltungsräumen und Lernorten.
3. Zugang zu Kunst und Kultur für alle Innsbrucker:innen – **mehr Angebote im Rahmen des Kulturpasses** und bessere Information.
4. Erheben, welcher Anteil der Stadtbevölkerung von den Kulturangeboten ausgeschlossen ist, und wie man ihnen Teilhabe ermöglichen kann – dabei auch schauen, welche Kulturangebote in der Stadt noch fehlen.
5. **Höhere Förderungen für freie Kulturstätten** statt Millionen für die teure Hochkultur.
6. **Soziale Absicherung von Künstler:innen und Kulturarbeiter:innen:** mehrjährige Steuerabrechnung, Aufklärung und Hilfe bei der Selbstversicherung, Festanstellungen und faire Bezahlung (Fair Pay Modell der IG Kultur).
7. Kostenlosen und unbürokratischen Zugang zu Mitteln für Kunstprojekte, mehrjährige Förderverträge, Transparenz in der Förderpolitik.
8. **Förderung inklusiver, kulturübergreifender Projekte.**
9. **Schaffen von offenen Werkstätten,** Ateliers, Studios und Proberäume für Kunstschaffende.
10. Zurverfügungstellung von mehr öffentlichen Freiflächen für

Kulturveranstaltungen inklusive entsprechender Infrastruktur (Strom, WCs...).

11. Fördermöglichkeiten bei Investitionen in den Schallschutz im Sinne der guten Nachbarschaft.
12. **Lokale Multifunktionsveranstaltungsstätten fördern** mit Angeboten wie Anlagen-Verleih, Technik, Maske/Kostüm/Bühnenbild.
13. **Sicherung und Ausbau freier Medien.**
14. Ausbau der **Musikförderung** und ihrer Qualitätskontrolle.
15. Die Blasmusik soll zunehmend erweitert werden, um neue Musikkapellen mit diversem Programm auch neben dem Brauchtum zu ermöglichen.
16. **Kultur für alle ist Bildung für alle:** niederschwelliger Zugang durch freien Eintritt in Dauerausstellungen von Innsbrucker Museen (nach dem Vorbild des Wien Museums).



5. BILDUNG



In Österreich und so auch in Innsbruck ist Bildung mehr als in anderen Ländern von der Geldbörse und dem Bildungsabschluss der Eltern abhängig. Viele Probleme in Schule und Bildung resultieren aus jahrelangen Versäumnissen der Politik. Die KPÖ steht für Bildungsgerechtigkeit, sodass allen Kindern und Jugendlichen der Weg zu guter Bildung und somit einem besseren Leben geebnet wird. Besonders wichtig dafür sind Ganztagesangebote, Unterstützungspersonal wie

Schulsozialarbeiter:innen und Schulpsycholog:innen an allen Schulformen in Innsbruck und mehr Geld für den Erhalt öffentlicher Schulen.

Bildung fängt schon im frühesten Alter an. Auch bei der Kinderbetreuung und in den Kindergärten ist die Stadt daher gefragt, allen Eltern und Kindern ein gutes Angebot bieten zu können. Das hilft vor allem Frauen, die auch heute noch einen Großteil der Betreuungsarbeit leisten.

Neues Lernen in jedem Alter

Doch nicht nur Kinder und Jugendliche wollen lernen. Innsbruck ist eine Studierenden-Stadt und soll das auch bleiben.

Das gleiche gilt für die Erwachsenenbildung. Viele Menschen möchten auch später im Leben noch Neues lernen. Das sollte die Stadt bestmöglich unterstützen.

Die KPÖ tritt ein für...

Kindergärten und Kinderbetreuung

1. Sechste Urlaubswoche für alle Bediensteten in Kleinkindgruppen und Kindergärten.
2. **Kinderbetreuungseinrichtungen in neu gebauten Siedlungen verpflichtend vorgeben.**
3. Niederschwelliges Angebot für Hilfspersonal zum Erwerb weiterer Qualifikationen z. B. **berufsbegleitende Ausbildung zur Pädagogin oder zum Pädagogen.**
4. Bessere Arbeitsbedingungen für Elementarpädagog:innen, z.B. **mehr Zeit für Vorbereitungen und Planungstreffen.**
5. Geschlechterausgleich in der Kinderbetreuung; Mehr Männer für den Beruf gewinnen.

Städtische Pflichtschulen

6. **Mehr Unterstützungs-Personal für Schulen** (Sozialarbeiter:innen, Schulärzt:innen und Schulpsycholog:innen)
7. **Ausbau der Assistenzbetreuung** von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, um die Integration dieser Kinder zu ermöglichen
8. Schulassistenten sollen bei adäquater Bezahlung wieder bei der Stadt angestellt werden

9. Ausbau und Anpassung der Angebote des Jugendcoachings zu engmaschigerer, regelmäßigerer Betreuung an vielen Schulstandorten
10. Umfangreiche Information für Eltern an Pflichtschulen und weiterführenden Schulen über **finanzielle Leistungen für Pflichtschüler:innen** und niederschwiligen Zugang zu Formularen und Anträgen
11. Stärkere Unterstützung der Schulen durch **zusätzliches Verwaltungspersonal an allen städtischen Schulen** – 1 Vollzeit-äquivalent pro 8 Schulklassen zur Unterstützung der Lehrer:innen und Direktor:innen
12. **Ausbau der Schulsozialarbeit** an allen städtischen Pflichtschulen und in den Berufsschulen
13. **Pilotprojekt zu School Nurses**, um die medizinische Betreuung an Schulen und in Kindergärten zu verbessern – Beratung für Eltern und Versorgung von Kindern
14. Pilotprojekt “Gemeinsames Frühstück” in der 1. Schulstunde zur Verbesserung der Konzentration
15. Ausbau der Unterstützung von **Kindererholungsaktionen im Sommer**
16. **Regionales, gutes, frisches, gesundes Mittagessen an städtischen Pflichtschulen** – zuerst sozial gestaffelt – in weiterer Folge kostenlos

17. (Aus-)bau von Schulen nach den Bedürfnissen von Lehrer:innen und Schüler:innen
18. **Verpflichtender Schwimmkurs für jedes Volksschulkind** im Rahmen des Unterrichts – Schwimmen ist ein lebenserhaltendes Kulturgut.
19. **Schwimmkurs-Fonds für Familien.**
20. Legasthenie- und Dyskalkulieförderung gratis am Schulort.
21. **Erproben von sogenannten "Fahrradbussen"**, als gemeinsame Radanfahrt in Begleitung Erwachsener vom Wohnort zur Schule.
22. **Freier Eintritt in öffentlich geförderte Museen** in der Stadt für alle Kinder und Jugendlichen in Ausbildung im Stadtgebiet – Freifahrt bei Besuch im Klassenverband.
23. **Geschlechtssensible Pädagogik** im Pflichtschulbereich als Unterrichtsprinzip verankern.
24. Ausbau des **Sport- und Bewegungsangebotes** an Schulen.
25. Einführung der **gemeinsamen Schule für alle bis 15 Jahre**, sowie der Ganztagschule auf freiwilliger Basis – Unterstützung solcher Schulversuche.
26. Durch die Digitalisierung entstehen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien neue Bildungshürden. Deshalb muss auch für zuhause die technische Ausstattung zur Verfügung gestellt werden.
27. Höhere Budgetmittel für Innsbrucker Pflichtschulen zur freien Verwendung für den Schulalltag
28. **Ausbau und Attraktivierung des Ganztagesangebots** an Pflichtschulen inklusive besseren Räumlichkeiten, mehr Lernunterstützung und besserer Bezahlung für Freizeitpädagoginnen.
29. Mitarbeiter:innen-Zufriedenheitsmonitoring sowie **Präventionsmaßnahmen gegen Burnout und Arbeitsunzufriedenheit** für in der Bildung angestellte Menschen.
30. **Jugendzentren mit Lernräumen in allen Stadtteilen** – dazu massiver Ausbau von umfangreichen, nicht-profitorientierten Lernbegleitungsorganisationen.
31. **500€ Bildungsgutschein** für Pädagog:innen und Mitarbeiter:innen für die individuelle Weiterbildung.
32. **Wiedereinstiegskurse und Prämien für Pädagog:innen**, die den Job gewechselt oder nie ausgeübt haben.
33. **Städtische Stipendien für Schüler:innen**, bei denen sich die Eltern schwer oder gar nicht höhere Schulen leisten können.
34. Auch die Stadtbibliotheken als Lernräume nutzbar machen

Weiterführende Schulen

- dafür die Öffnungszeiten der Bibliotheken an die Bedürfnisse der Schüler:innen anpassen.
- 35. **Beratungsangebote für Lehrlinge ausbauen** – Konfliktstelle mit Krisenmanagement zwischen Lehrling und Betrieb, um Leihbrüchen entgegenzuwirken.
- 36. Möglichkeit auf **finanzielle Rückstattung bei der Erstausrüstung** mit Schulmaterialien für Berufsschüler:innen (Laptop, Werkzeuge, Berufsbekleidung, ...) durch Einreichung beim Magistrat.
- 37. **Diversitäts-Schulungen für Lehrlingsbildner:innen.**
- 40. Prüfung der Nutzung/Auslastung der Unigebäude in der vorlesungsfreien Zeit, um dort auch **Angebote und Veranstaltungen für alle Innsbrucker:innen** zu ermöglichen.
- 41. **Ausbau von Wohnheimen und Wohnraum für Studierende.**

Erwachsenenbildung und Eltern

- 38. **Innsbruck soll eine Studierenden-Stadt bleiben:** mit leistbaren Wohnungen, günstigen Öffis, lebendiger Kultur und einladenden Räumen ohne Konsumzwang.
- 39. **Starterpaket für Studierende** – Informationen zu Sozialthemen gemeinsam mit der ÖH.
- 42. Alphabetisierungs-Angebote für Erwachsene ausbauen und flächendeckend bewerben.
- 43. **Weiterbildungsmaßnahmen der Erwachsenenbildung fördern,** nicht nur eng gedachte Berufsausbildungen.
- 44. Ausbau der **kostenlosen Geburtsvorbereitungskurse und Elternbildungskurse** mit Anreizen für ihren Besuch.
- 45. **„Eltern-Telefon“ in Akutsituationen** für Jungeltern im Rahmen der Telefonseelsorge nach Vorbild Oberösterreichs.
- 46. **Stärkung der Stadtbibliothek** – Ausbau des Personals und Ausweitung von Angebot und Öffnungszeiten.

6. FRAUEN

Noch immer verdienen Frauen in Tirol ein Fünftel weniger als Männer. Hausarbeit, Pflege und Erziehungsarbeit werden immer noch überwiegend den Frauen aufgebürdet, während überwiegend Männer an den Hebeln der Macht sitzen. Fast jede zweite berufstätige Frau arbeitet in Teilzeit. Ob Alleinerziehende oder Pensionistinnen – Armut betrifft in vielen Lebenslagen vor allem Frauen. Auch bei häuslicher Gewalt, die vor allem Frauen trifft, ist Österreich ein europaweit trauriger Spitzenreiter. Nirgends gibt es so viele Morde an Frauen wie hierzulande.

Frauenrechte stärken

Die Gleichstellung der Frau ist längst überfällig. Sie muss einhergehen mit einer sozialen Politik, die allen nutzt: Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche, höhere Löhne und Gehälter sowie ein Ausbau der sozialen Absicherung, um Armut vorzubeugen, von der Frauen stärker und öfter betroffen sind, anstatt den Sozialstaat zu zerschlagen. Die Stadt Innsbruck kann dazu beitragen, dass Frauen endlich gleich an dieser Gesellschaft teilhaben können.



Die KPÖ tritt ein für...

1. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** – Lohnlücken schließen.
2. **Anerkennung der Erziehungs- und Pflegearbeit** für die Pension.
3. Eine **Arbeitszeitverkürzung für alle** ermöglicht die gerechtere Aufteilung von Pflege-, Sorge- und Hausarbeit.
4. **Schwangerschaftsabbruch enttabuisieren** – Schwangerschaftsabbruch darf nicht am Geld scheitern und muss in Innsbruck öffentlich und kostenfrei zugänglich sein.
5. Unterstützende **Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen ausbauen**.
6. Höherer **Familienbeihilfe für Alleinerzieher:innen**.
7. Einführung einer **verpflichtenden Väterkarenz ohne finanzielle Nachteile** für Familien.
8. Schluss mit Werbung, die Menschen in abwertender oder sexistischer Weise darstellt.
9. **Keine Erhöhung des Pensionsantrittsalters**, wieder Heranziehung der „besten“ Erwerbszeiten bei der Berechnung der Pension.
10. Ein Recht auf **qualitativ hochwertige, kostenlose Kinderbetreuung** in Wohnnähe (max. 15 Minuten Wegzeit) – für alle Altersgruppen.
11. **Längere Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen**.
12. **Kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln** für Jugendliche und Personen in Ausbildung in Innsbruck ermöglichen.
13. **Gewaltschutz stärken durch Prävention** – Frauenberatungsstellen fördern.
14. Wohnprojekte ausbauen, mehr **Übergangswohnungen für Frauen** schaffen.
15. **Kostenlose Monatshygieneprodukte** in öffentlichen Einrichtungen und Stellen.
16. Berücksichtigung frauen- und Mädchenspezifischer Bedürfnisse in der Stadtplanung (Nahversorgung, Öffentlicher Verkehr, Sport- und Freizeitangebote etc.).
17. **Pilotprojekt „Notfall-Nanny“** bzw. „Leihoma-Dienst“ – Unterstützung für Alleinerzieher:innen in Notfällen.
18. Gleichstellung bei politischen Entscheidungen – Maßnahmen, Quoten und Förderungen, um 50% Frauenanteil in politischen Positionen und in der Verwaltung zu erreichen.
19. **Anerkennung der Pflegearbeit für die Pension** – Anstellung von pflegenden Angehörigen über die Gemeinde als Zwischenlösung, solange öffentliche Stellen im Aufbau sind.
20. **Anrechnung der Arbeitsjahre für Anspruch auf Stadtwohnung darf durch Karenzzeit nicht unterbrochen werden**.
21. **Ausbau der Männerberatungsstellen**, Kostenübernahme der Angebote durch die Stadt zur gezielten Täterarbeit.
22. **Selbstverteidungskurse** für Mädchen in Schulen.

7. ARBEIT



Die Stadt ist zwar für viele arbeitsrechtliche Fragen nicht zuständig, doch sie ist eine große Arbeitgeberin, auch weil sie an vielen Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt ist. Oft begnügt sich die Stadt aber mit der Rolle als Gesellschafterin oder Aktionärin – solange die Gewinnausschüttung stimmt. Sie reiht sich ein in ein System aus Arbeitsdruck und Ausbeutung.

Wir lehnen die Privatisierung und Ausgliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Wasser, Energie, Abfallwirtschaft, Reinigung öffentlicher Gebäude, Parkraumüberwachung, Verkehr, Gesundheit, Pflege und

Kinderbetreuung gehören in öffentliche Hand. Ausgliederungen schaden den Beschäftigten, die sich oft in prekären Arbeitsbedingungen wiederfinden. Privatisierungen sind Diebstahl am öffentlichen Eigentum, die wir ebenso ablehnen wie Public-Private-Partnerships, die den Firmen die Profite und der Allgemeinheit die Kosten bringen.

Gute Arbeit, schönes Leben

Die Stadt Innsbruck kann mit guten Arbeitsbedingungen reale Verbesserungen erreichen. Sie kann in ausgewählten Betrieben und Abteilungen die Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche reduzieren – bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Stadt muss sich für eine Arbeitszeitverkürzung, mehr Personal und ausreichende Ruhezeiten und Betreuung für Mitarbeiter:innen im Pflegebereich einsetzen. Bei öffentlichen Aufträgen sollen Unternehmen, die bessere Arbeitsbedingungen bieten, bevorzugt werden.

Die KPÖ steht für...

1. **Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden ohne Lohnverlust und mit vollem Personalausgleich** in ausgewählten Betrieben und Abteilungen der Stadt Innsbruck.
2. Arbeitsplätze schaffen und sichern durch **Investitionen in Wohnbau, Kinderbetreuung, Pflege und öffentlichen Verkehr.**
3. Mehr Personal und bessere Bezahlung für Pflege und Kinderbetreuung.
4. **Bessere Bezahlung in der Ausbildung**, um den Umstieg in den sozialen Bereich und die Pflege attraktiver zu machen.
5. **Bestbieterprinzip statt Billigstbieter bei städtischen Ausschreibungen** – gerade auch bei Arbeitnehmer:innenrechten.
6. **Ausbau der Arbeitsrechtsberatung** für alle Innsbrucker:innen.
7. **Mindestlehrlingsentschädigung** in allen Branchen einführen.
8. **Bezahlte Schnupperpraktika im Sozialbereich** ermöglichen, mit Aufbau einer Beratungsstelle für Quereinsteiger:innen in die städtischen Sozialbetriebe.
9. Faire und gut bezahlte Praktika statt Ausbeutung junger Menschen als Standard bei Innsbrucker Unternehmen fördern.
10. Umfassende und bedarfsgerechte Berufsberatung für alle, die sie benötigen.
11. **Keine Privatisierung öffentlicher Leistungen und Betriebe;** Rücknahme der Auslagerung von Arbeitsplätzen.
12. **Gesundheitsangebote am Arbeitsplatz ausbauen** – von psychischer Gesundheit bis zur Prävention von Unfällen und chronischen Krankheiten.
13. **Recht auf gute und gerecht bezahlte Arbeit für Menschen mit Behinderung.**

8. PFLEGE & GESUNDHEIT

Ein gutes Pflege- und Gesundheitswesen nützt uns allen. Jeder kann in die Situation kommen, pflege- und betreuungsbedürftig zu sein. Die öffentliche Gesundheitsversorgung ist ein zivilisatorischer Fortschritt und ein Baustein sozialer Politik. Leider läuft hier vieles schief: Schlechte Betreuungsschlüssel, Personalmangel und die Arbeitsbedingungen lassen viele Pflegebeschäftigte ausbrennen. Die Folge sind leere Heimplätze und lange Wartezeiten. In der 24-Stunden-Pflege finden die Beschäftigten kaum Gehör bei den regierenden Parteien, obwohl ihre prekären Beschäftigungsverhältnisse dringend verbessert gehören. Pflegenden Angehörige leisten einen unschätzbaren Beitrag für die Gesundheit ihrer Angehörigen und der Gesellschaft. Kurzzeitpflege, Tagesbetreuung und andere Entlastungsleistungen stehen in viel zu geringem Umfang zur Verfügung. Obendrein riskieren pflegende Angehörige wegen ungenügender Absicherung auch noch Altersarmut. Die Zwei-Klassen-Medizin ist

bereits Realität: Wer sich keine Privatversicherung leisten kann, spürt, wie die Gesundheitsversorgung schlechter wird.

Gesundheit beginnt aber nicht erst bei der Pflege oder im Krankenhaus. Grünflächen für Kinder und für sportliche Aktivitäten sowie sichere Radwege können Menschen in Innsbruck lange fit und gesund halten. Entsprechende Angebote sollten möglichst niederschwellig bereitgestellt werden. Auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist ein wichtiger Beitrag für die soziale Gesundheit dieser Menschen.

Unsere Vision: eine menschenwürdige Pflege, mit attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, guter Bezahlung, besserem Personalschlüssel und einer Arbeitszeitverkürzung.

Die KPÖ tritt ein für...

1. Anstelle des gewinnorientierten Öffentliche Pflegeeinrichtungen anstelle des gewinnorientierten Geschäfts mit der Pflege.
2. **Keine Privatisierung von Einrichtungen der Krankenversorgung und Pflege.**
3. Leichtere **Anerkennung von Pflegearbeit als Schwerarbeit** um der besonderen Belastung von Pflegekräften gerecht zu werden.
4. **Anstellung von pflegenden Angehörigen über die Stadt** als akute Zwischenlösung, wie in Graz.
5. **Pflegende Angehörige entlasten** – Ersatzpflegekräfte für einzelne Tage und kostenlose Bildungsangebote.
6. Entlastung der Beschäftigten in städtischen Seniorenwohnhäusern durch **bessere Personalschlüssel.**
7. Regelmäßige Evaluation der Zufriedenheit von Beschäftigten und Bewohner:innen.
8. **Arbeitszeitverkürzung für Pflegebeschäftigte** – sofortige Angleichung an die 37h- Woche des SWÖ-Kollektivvertrages für alle Pflegeberufe.
9. **Ordentliche Bezahlung und Angebot von Dienstwohnungen,** auch während der Pflegeausbildung.

10. Anrechnung von Vordienstzeiten auch bei Quereinstieg in die Pflege.
11. **Ausbau der mobilen Pflege** durch flexible und attraktive Finanzierungsmodelle.
12. Entlastung der Pflegeheime, indem **selbstbestimmtes Wohnen zuhause gefördert wird.**
13. **Ausbau des betreuten und betreubaren Wohnens** – mehr Plätze und Programme, um älteren Menschen einen aktiven Lebensabend zu ermöglichen.
14. **Präventive Hausbesuche bei Älteren ab 75** – aufsuchende Hilfe und Beratung, zum Beispiel durch Community Nurses.

Gesundheit

15. **Gesundheit vor Ort: mobile und kostengünstige Impfangebote** in den Büros des Bewohnerservice, um Wartezeiten zu verkürzen und möglichst viele Menschen zu erreichen.
16. Implementierung **niederschwelliger Zugänge zu sozialmedizinischen Leistungen** nach Vorbild der Pflegedrehscheibe der Stadt Graz und Ausbau der Kassenstellen.
17. Erhöhung der Mittel für Einrichtungen, die Gesundheit fördern und präventiv arbeiten: Subvention auf mindestens einen Euro pro Einwohner:in anheben.

18. Ausbau des **Versorgungsangebots für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche.**
19. **Ausreichende Versorgung mit Kinderärzt:innen** mit Kassenvertrag bei adäquater Wartezeit.
20. Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln für Jugendliche und Personen in Ausbildung in Innsbruck ermöglichen.
21. HPV-Impfung auch im Alter zwischen 21 und 30 Jahren als Stadt kostenfrei ermöglichen.
22. **Ausbau der sexuellen Aufklärung von Jugendlichen und kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln** für Jugendliche und Personen in Ausbildung in Innsbruck ermöglichen.
23. **Gürtelrose-Impfung im Alter über 50 Jahren kostenfrei ermöglichen.**
24. Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung von Patient:innen in Substitutionstherapie.
25. Ausbau und Sicherstellung von kostenlosem **Drug-Checking Angebot** zur gesundheitlichen Absicherung und Beratung von Konsumierenden.
26. **Mehr Sucht- und Gewaltprävention für Jugendliche.**
27. **Schwerpunkt Seelische Gesundheit,** um die psychosoziale Versorgung zu stärken und Ausbau des Versorgungsangebots für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche.
28. **Aufbau von Wohngruppen für Jugendliche** mit Essstörungen nach dem Vorbild in Linz.

9. UMWELT, KLIMA, TIERSCHUTZ & ENERGIE

Städte verwandeln sich im Sommer zunehmend in Glutöfen. Asphalt und Autoblech heizen die Umgebung auf. 35 Hitzetage mit über 30 Grad Celsius gab es im Sommer 2023. Durch die Klimakrise kommen Hitzewellen immer öfter vor und dauern länger. Handlungsmöglichkeiten hat die Stadt viele: Vor allem müssen Böden entsiegelt und Bäume gepflanzt werden. Wo Bäume stehen, ist die Temperatur am Boden im Schnitt um zehn Grad Celsius niedriger als in bebauten Gebieten. Dort halten sich Menschen auch lieber auf als inmitten von Betonwüsten. Zudem erfüllen Wälder und Parks eine lebenswichtige Funktion als Frischluftschneisen, durch die kühle und saubere Luft in die Stadt kommt. Wo Bäume stehen, blüht das Leben.



Gleichzeitig darf auch die globale Überhitzung nicht weiter befeuert werden: Wenn wir die Privatjet-Flut am Flughafen eindämmen, gemeinschaftlich erzeugte erneuerbare Energieanlagen fördern, CO₂-neutral bauen und dazwischen Raum für Grünflächen lassen, sparen wir nicht nur Treibhausgase ein, sondern erhöhen damit auch die Lebensqualität.

Die KPÖ steht für...

1. Kurze Wege fördern, indem wir die **Stadtteile beleben und Nahversorgung ermöglichen**.
2. Umsetzung von Maßnahmen zur **Reduzierung der Lärmmissionen** (z. B. durch Straßenlärm, Großveranstaltungen, Baulärm usw.) für mehr Wohnqualität.
3. **Lebensmittel vor dem Wegwerfen retten** – zum Beispiel durch Verwendung in einer städtischen Kantine.

Energie

4. **Ausbau und Ökologisierung der Fernwärme**.
5. **Sanierungs-offensive** bei bestehenden Wohnanlagen – Energieeffizienz nicht nur im Neubau.
6. **Umbau der IKB in ein gemeinnütziges Unternehmen** – die Grundversorgung ist wichtiger als die Gewinnmaximierung.

Stadt & Klima

7. **Begrünung von Straßen, Plätzen und Gebäuden**.
8. Erhalt und Erweiterung von Grün- und ökologischen Freiräumen.
9. **Dach- und Fassadenbegrünungen** an öffentlichen Gebäuden ausbauen.
10. Erstellung eines **Hitzeplans für Innsbruck**.

11. **Bestand an Straßenbäumen erhalten** und mit hitzebeständigen Bäumen ausweiten.
12. Bäche, Teiche, Trinkwasser- und Springbrunnen sowie Wasserspielplätze verbessern das Kleinklima und braucht es in allen Stadtteilen – Wasser gewinnt an Hitzetagen mehr Bedeutung.
13. **Schottergärten und Steinschüttungen vermeiden**, entsprechender Schutz für Vorgärten und Innenhöfe.
14. Bei Versiegelung von Grund und Boden müssen Ausgleichsmaßnahmen erfolgen: Baumpflanzungen, Quartierpark, zweckgebundene Zahlung an die Stadt für Schaffung von Grünraum, Ersatzflächen für die Allgemeinheit.
15. Öffentliches Bauen muss möglichst CO₂-neutral erfolgen.
16. **Entsiegelung von Parkflächen** bei Supermärkten, Gewerbe- und Wohnsiedlungen fördern.
17. Einführung einer **Bodenversiegelungsabgabe für Unternehmen**, die große Flächen bebauen.
18. **Verpflichtender Rückbau von ungenutzten Gewerbeflächen**.
19. Pilotprojekte, um die Mülltrennungsraten in großen Wohnanlagen zu verbessern.
20. **Schluss mit der Privatjet-Flut der Reichen am Innsbrucker Flughafen**.

Tiere & Natur

21. Aufwertung des Tierschutzes, z.B. durch den **Ausbau der Tierrettung**.
22. Ausbau der Infrastruktur für Hunde und ihre Besitzer:innen.
23. **Schaffung eines Taubenhauses** in der Altstadt und im O-Dorf.
24. **Kostenfreie Tierarzt-Angebote** für Innsbrucker:innen mit wenig Einkommen.
25. Qualitätssicherung und ausreichend Unterstützung für Tierheime.
26. **Inn- und Sillufer beleben** und wieder erlebbar machen.
27. Erhalt der Artenvielfalt durch wirkungsvollen **Schutz des Lebensraumes von Tieren und Pflanzen**.
28. **Senkung der Hundesteuer**.



10. JUGEND & GENERATIONEN

Allzu oft wird über die Köpfe von jungen Menschen hinweg entschieden. Bei Angelegenheiten, die die Jugend betreffen, sollten junge Menschen auch ein Mitbestimmungsrecht haben. Ein Jugendgemeinderat kann dafür sorgen, dass ihre Wünsche besser berücksichtigt werden.

Kinder und Jugendliche sollen außerdem selbst entscheiden können, wie sie ihre Freizeit gestalten. Dazu braucht es geeignete Räume und Möglichkeiten – sei es durch die Einrichtung von

Spielflächen, durch günstige Bädereintrittspreise oder durch kostenlose Eintritte für Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen.

Die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe muss auch den Senior:innen eröffnet werden. Viele Pensionist:innen wollen sich nicht nur zurücklehnen, sondern etwas beitragen. Es braucht Maßnahmen, damit sie aktiv im gesellschaftlichen Leben bleiben können und um der wachsenden Vereinsamung entgegenzuwirken.



Die KPÖ steht für...

1. Berücksichtigung der Wünsche von **Einrichtung eines Jugendgemeinderates** für die bessere Berücksichtigung der Wünsche von Kindern und Jugendlichen.
2. Einführung eines stadteigenen **Jugendcafés nach Kitzbühler Vorbild**.
3. Mehr Platz für Kinder und Jugendliche – (Indoor-)Spielplätze und Freizeitangebote.
4. **Kostenloser Eintritt** bei Museen, Theater und anderen Kulturinstitutionen für Kinder und Jugendliche.
5. Jugendarbeit: nicht Burschen- oder Mädchenarbeit, sondern **Interessen jenseits der typischen Geschlechterrolle fördern** – beidgeschlechtliche Führungspersonen etablieren.
6. **Fixe und ausreichende Förderung für Spielplätze** für alle Altersgruppen.
7. **Ausbau der Jugendbetreuung, Hilfe in der Familie, betreutes Wohnen**.

Senior:innen

8. **IT-Beratung für Senior:innen** bei den Stadtteiltreffs ausbauen.
9. **Städtische Senior:innenrabatte ab Pensionsantritt** und nicht erst ab 65 Jahren.
10. Innovationstopf für neue Projekte im Bereich der Generation 55+.
11. **Kostenlose Basis-Trauerberatung und Trauerredner:innen** für Menschen mit niedrigem Einkommen.
12. **Förderung von Senior:innencafés** rund um die Stadtteiltreffs für regelmäßigen Austausch und als Maßnahme gegen Vereinsamung.
13. Berücksichtigung der **Bedürfnisse des Alters bei Neu- und Umbauten** beim Wohnen sowie im öffentlichen Raum.
14. **Schaffung von mehr Sport- und Freizeitangeboten** für Jung und Alt (z.B. günstige Bädereintrittspreise).

11. INKLUSION & BARRIEREFREIHEIT

Menschen mit Behinderung sind Teil der Gesellschaft. Die Politik hat die Verpflichtung, ihnen ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigten Zugang zu allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen. Die

barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Gebäuden, Toiletten, Straßen und Transportmitteln muss ebenso eine Selbstverständlichkeit sein wie Informationsmittel und Broschüren in Brailleschrift und leichter Sprache.

Die KPÖ steht für...

1. **Barrierefreie Gestaltung** von öffentlichen Gebäuden, Toiletten, Straßen, Transportmitteln und Einrichtungen wie Schulen, Sportstätten, Veranstaltungsorten, medizinischer Einrichtungen und Arbeitsstätten.
2. **Förderung für barrierefreie Lokale** – damit es zumindest ein barrierefreies Lokal pro Stadtteil gibt.
3. **Kompetenzorientierte Förderung von Menschen mit Behinderungen** und spezielle Förderung von inklusiven Projekten.
4. **Mehr Angebote für betreutes, leistbares Wohnen** wie zum Beispiel im Projekt „Rosa Zukunft“.
5. Persönliche Assistenz, Frühförderung und **Leistungen zur Familienentlastung** müssen gesichert bleiben.
6. Erhöhung der Tagsätze im Bereich der Schulassistenz.
7. **Besuche und Vorträge von Menschen mit Behinderung an Innsbrucker Schulen** zum Abbau von Hemmschwellen und für ein besseres Verständnis.
8. **Bedarfsorientierte Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten** (mobil oder stationär) und die Möglichkeit, das passende Angebot zu wählen.
9. Gebärdensprache, Brailleschrift und „Leichter-Lesen“-Informationen und Broschüren müssen für die Stadt selbstverständlich werden.
10. **Mehr Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor beschäftigen.**
11. Kein Ersatz von Pflegegeldern durch Sachleistungen.
12. **Behindertenparkplätze bei Schneeräumung prioritär freihalten.**

12. WIRTSCHAFT & TOURISMUS

Innsbruck ist eine Tourismus-Hochburg. Jahr für Jahr kommen über eine Million Menschen in unsere Stadt. Davon profitieren allerdings nur einige wenige in Innsbruck. Die Mehrheit empfindet die Tourist:innen-Massen, die sich durch die Altstadt drängen, mittlerweile als Belastung. Es braucht eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, wie die Zukunft des Tourismus in der Stadt aussehen soll und wie auch genug Angebot für Einheimische geben kann.

Gleichzeitig ist die Innsbrucker Wirtschaft durch die hohen Wohnkosten bedroht. Menschen müssen wegziehen, Betriebe finden keine Arbeitskräfte und die Menschen verlieren Kaufkraft, weil der Großteil fürs Wohnen draufgeht. Leistbares Wohnen zu schaffen heißt auch, die Innsbruck Wirtschaft zu stärken.



Die KPÖ steht für...

1. **Wohnen als Standortfaktor** – leistbarer Wohnraum ist die Voraussetzung, um für Arbeitskräfte attraktiv zu sein.
2. **Kaufkraft der Innsbrucker:innen stärken**, indem die Wohn- und Fixkosten langfristig gesenkt werden.
3. **Service-Studie zu Betriebsabsiedlungen**, um faktenbasiert entgegenwirken zu können.
4. **Mittagstisch-Angebote für Mitarbeiter:innen** fördern und damit lokale Wirte unterstützen.
5. **Förderung der regionalen und biologischen Landwirtschaft**, sowie Förderung genossenschaftlicher Ansätze, um Landwirt:innen gegenüber Großbetrieben und Ketten zu stärken.
6. Lücken in der **Breitbandversorgung** ($\geq 1\text{GB/s}$) im Stadtgebiet von Innsbruck schließen, Ausbau der Versorgung mit Glasfaseranschlüssen für Private und Betriebe aktiv vorantreiben.
7. **Wiederbelebung der Stadtteile** abseits des touristischen Zentrum mit Cafés und Gasthäusern unterstützen.

Tourismus

8. Start einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Zukunft des Tourismus in Innsbruck.
9. Stärkere Nutzung der vorhandenen Infrastruktur – Ganzjahres-Tourismus ausbauen.
10. **Mehr attraktive und leistbare Freizeitangebote** für Innsbrucker Familien – Erholung in der Nähe.
11. Kostengünstiges und flächendeckendes **CarSharing-Angebot** der IVB in Verbindung mit Jahreskarten.
12. Einmal monatliche Nutzung von Patscherkofel- und Nordkettenbahn mit Klimaticket und IVB-Jahresticket, damit mehr Innsbrucker:innen die Hausberge genießen können.
13. **Attraktivere Rahmenbedingungen für Beschäftigte im Tourismus** – von Dienstwohnungen bis zur sozialen Absicherung.

13. SPORT & BEWEGUNG

Innsbruck ist eine Sportstadt und dafür auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Die Stadt und ihre Umgebung bieten viele Möglichkeiten sich in der Natur oder in den Sporteinrichtungen zu bewegen. Dieses umfassende Angebot soll stetig erweitert werden.

Vor allem aber muss mit mehr günstigen und kostenlosen Angeboten dafür gesorgt werden, dass auch Menschen mit wenig Einkommen an einem breiten Sport- und Bewegungsangebot teilhaben können.



Die KPÖ steht für...

1. Mehr Geld für **Sport- und Freizeitanlagen**.
2. Sanierung des Hallenbades **Höttinger Au**.
3. Schaffung von **Indoorspielplätzen** für Kinder und Jugendliche – ein Angebot für die Regentage.
4. Auslastung der Sporthallen an Schulen prüfen – Möglichkeit für **Öffnung an Wochenende** und in den Ferien.
5. Kostenlose Freizeit- und Sportangebote insbesondere für Kinder und Jugendliche.
6. Ausbau der legalen **Mountainbike-Strecken im Stadtgebiet**.
7. Toiletten und Trinkwasserbrunnen für alle Skateparks und Spielplätze.
8. **Senkung der Eintrittspreise** für die Frei- und Hallenbäder.
9. **Schwimmkursfonds für Familien** mit niedrigen Einkommen.
10. Verlängerung der Öffnungszeiten im Tivoli-Freibad im Sommer.
11. **Freier Eintritt am Baggersee**.

14. DEMOKRATIE & ANTIFASCHISMUS

Viele, die in Innsbruck leben, arbeiten und Steuern zahlen, dürfen überhaupt nicht wählen oder bei den eigenen Anliegen mitentscheiden. Dabei wüssten die Innsbrucker:innen vor Ort oft selbst am besten, was die Probleme sind und wie sie gelöst werden können: Wie der Stadtteil belebt werden kann, wo ein Radweg errichtet werden muss und welche Anliegen es in der Nachbarschaft gibt. Stadtpolitik und -verwaltung sind aber zu weit weg von den Bürger:innen. Das ist kein Wunder: Die Polit-Gehälter sind in Innsbruck so hoch, dass vielen Politiker:innen der Bezug zu den alltäglichen Sorgen der Innsbrucker:innen fehlt. Viele Menschen leiden unter Stau und dem knappen leistbaren Wohnraum. Obwohl die Stadt mit Umlandgemeinden wie Rum oder Völs zusammenwächst, fehlt eine gemeinsame Planung, die allen zugutekommt.

Demokratisch – offen – solidarisch

Menschen können viele Probleme in ihrem Stadtteil gemeinsam und demokratisch regeln. Auf Stadtteilver-sammlungen kann über Wünsche und Vorschläge diskutiert werden. Unser Leben hängt von gemeinsamen Ent-scheidungen ab. Daher treten wir für die Eingemeindung der umliegenden Gemeinden ein und fordern eine Senkung der Politiker:innen-Gehälter auf die Höhe von Facharbeiter:innen-Löhnen.

Wir treten entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Hetze auf – in der Politik ebenso wie im eigenen Alltag. Antifaschismus bedeutet für uns, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber auch an den heroischen Widerstand aufrecht-zuerhalten. Politik kann langfristig nur fruchten, wenn wir sozial gerechte Politik mit aktiver Beteiligung der Bevölkerung verknüpfen können.

KPÖ PLUS steht für...

1. **Politikergehälter auf ein vernünftiges Maß senken** – kein:e KPÖ-Politiker:in behält sich mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiter-Lohn.
2. **Kürzung der Parteienförderung** – damit die Parteien sich wieder stärker um Mitglieder bemühen müssen.
3. Höhe der **Parteienförderung an die Wahlbeteiligung koppeln**.
4. **Wahlkampfkosten begrenzen**.
5. Parteibuchwirtschaft bei Auftrags- und Postenvergaben stoppen – **Schluss mit parteipolitischen Besetzungen** bei Aufsichtsräten und Beiräten.
6. **Verbindliche Volksabstimmung** durch die Stadtbevölkerung.
7. Eingemeindung der Umlandgemeinden zur Gewährleistung einer **nachhaltigen Raum- und Verkehrsplanung für die Bewohner:innen** – Schaffung von ehrenamtlichen, gewählten Stadtteilvertretungen.
8. **Einführung eines Demokratie-Monitorings**, um festzustellen, welche Bevölkerungsgruppen nicht gehört und vertreten werden.
9. **Stärkung von Bürger:innen-Räten** mit repräsentativer Zusammensetzung bei der Stadtentwicklung.
10. **Demokratie braucht Bildung:** Förderung der politischen Bildung in Schulen.
11. **Demokratie braucht Vielfalt:** Sicherung und Ausbau freier Medien bei Radio, Fernsehen und Print.
12. **Demokratie braucht Raum:** Ausbau von Ortsteilzentren mit Veranstaltungsorten und Treffpunkten für Bürger:innen.
13. Mehr Unterstützung und entsprechende **Fördermittel für die Arbeit am Gemeinwesen** durch Vereine.
14. Innsbruck soll Musterstadt bei der Umsetzung des neuen **Informationsfreiheitsgesetzes** werden.
15. **Leichte Sprache bei allen Formularen und Ämtern**.

Antifaschismus

16. Mehr **Straßenbenennungen nach Widerstandskämpfer:innen**, Deserteuren und Opfern des Nationalsozialismus.
17. Sichtbare Kennzeichnung von Erinnerungsorten.
18. Förderung von **neuen Gedenkorten**.
19. Überarbeitung und **Sichtbarmachung des Gedenkortes KZ-Außenlager Reichenau**.
20. **Von der Stadt geförderte Veranstaltungen** über die NS-Zeit und den Widerstand in Innsbruck.
21. Aufbau eines jährlichen Gedenkens und Bereitstellung von Bildungsmaterial für Innsbrucker Schulen zum Gedenken an den Mord an Wolfgang Tschernutter.
22. Verstärkte **Aufklärung gegen Rechtsextremismus** in Innsbruck und Sensibilisierungsarbeit in Schulen.
23. Ausbau von **Dokumentations- und Beratungsstellen** für Betroffene rassistischer Gewalt.



KPO

kpoe-tirol.at